



Allgemeine Informationen

Die Linke ist ein Bündnis aus Abgeordneten verschiedener linker, sozialistischer und kommunistischer Parteien. Aktuell zählt die Fraktion 39 Mitglieder und ist damit die kleinste Fraktion im Europäischen Parlament. Bedeutende Mitgliedsparteien sind die griechische "SYRIZA" und die französische "Unbeugbares Frankreich" die jeweils 6, und die deutsche "DIE LINKE" die 5 Abgeordnete stellen; alle weiteren nationalen Parteien stellen jeweils 2 oder eine*n Abgeordnete*n. Die Fraktion beschreibt sich selbst als konföderale Fraktion, in der die jeweiligen Mitgliedsparteien ihre "eigene Identität" erhalten und ihre Kräfte für gemeinsame politische Ziele bündeln. Fraktionsvorsitzende sind seit dem 18. Juli 2019 Manon Aubry (Unbeugbares Frankreich) und Martin Schirdewan (DIE LINKE). Die Linke sieht sich selbst als "Stimme der Straßen im Europäischen Parlament"¹ und bezeichnet die EU als "Projekt der Eliten"¹, welches den Menschen zurückgeben werden muss.

Grundüberzeugungen

Auch in der Migrationspolitik hofiert die EU am rechten Rand des politischen Spektrums, vereinfacht innereuropäische Grenzkontrollen und übernimmt die natürlich völlig falsche Ansicht Migrat*innen seien eine Bedrohung². Die auf Deportation und Abschottung ausgerichtete Politik der EU enthält Migrant*innen wesentliche Rechte vor, entmenschlicht sie und wälzt die Verantwortung für Asylanträge auf die Mittelmeerstaaten ab. Es gilt eine solidarische Migrationspolitik zu beschließen, die Menschenrechte wahrt und Verfehlungen konsequent verfolgt.

Fraktion



Die Linke im
Europäischen Parlament -
GUE/NGL



im Europäischen Parlament

Größe: 39 Abgeordnete bzw.
5,54% der Sitze


Fraktionsvorsitzende:

Manon Aubry 
Martin Schirdewan 

auf der SimEP 2022

Größe: 8 Abgeordnete, bzw.
6,8% der Sitze

Fraktionsvorsitzende: Lenin

Münstermann 

Internetseite:

<https://left.eu>

Integration und Gleichstellung von Migrant*innen in der EU [EMPL, CULT]

Der Europäische Aktionsplan für Integration und Inklusion mag zwar auf dem Papier gut klingende und noble Ziele aufweisen, allerdings zeigt sich schnell, dass er das Papier auf dem er gedruckt wurde nicht wert ist. Da die Zuständigkeit für Integration in erster Linie den Mitgliedstaaten obliegt³ ist die EU aktuell gar nicht in der Lage eine Unionsweite Integrationsstrategie auf den Weg zu bringen und effektiv durchzusetzen. Die Europäische Kommission setzt also auf Unterstützung "nationale[r] und lokale[r] Behörden durch politische

¹siehe <https://left.eu/about-the-group/>, letzter Abruf: 26. April 2022

²hrsg. Left-Group: Commission Schengen Proposals A Major Setback For Fundamental Rights:

<https://left.eu/commission-schengen-proposals-a-major-setback-for-fundamental-rights/>, letzter Abruf: 26. April 2022

³siehe

https://ec.europa.eu/info/eu-regional-and-urban-development/topics/cities-and-urban-development/priority-themes-eu-cities/inclusion-on-migrants-and-refugees-cities_de, letzter Abruf: 26. April 2022



Koordinierung, Austausch von Wissen und finanzielle Ressourcen”⁴. Mal von der Bedeutungslosigkeit der politischen Koordinierung durch die eben erwähnte Irrelevanz der EU bei der Thematik abgesehen, bedeuten die finanziellen Mittel, dass erneut Steuergelder an autoritäre Staaten wie Ungarn und Polen fließen.

Wir fordern daher eine umfassende und wirkungsvolle, weil gegenüber den Mitgliedstaaten durchsetzbare, Integrationsstrategie, die die Menschenrechte der Flüchtlinge wahrt und sie vor Gewalt, Diskriminierung und Ausbeutung schützt⁵.

Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU [LIBE]

Die Dublin-III-Verordnung von Juli 2016 ist rein konzeptionell schon nicht in der Lage eine gerechte Verteilung von Schutzsuchenden zu gewährleisten, weil es die Hauptlast der Asylanträge auf die Mittelmeer- und Balkanstaaten überträgt⁶, also Nord- und Nordwesteuropa vor dem Zustrom Asylsuchender “schützt”. Gerade diese Mittelmeer- und Balkanstaaten wie bspw. Griechenland oder Ungarn, sind es aber, die regelmäßig Völker- und EU-Recht brechen und Menschen- und Asylrechte missachten^{7,8}.

Die EU Kommission setzt auf “[n]eue, raschere Asylverfahren an der Grenze”⁹, also in der Praxis entmenslichende und überhastete Schnellverfahren, die reduzierte Grundrechtsstandards und höhere Ablehnungsquoten der Asylanträge zur Folge haben¹⁰. Da auch FRONTEX, die Europäische Grenzschutzagentur, bereits seit Jahren selbst in Menschenrechtsverletzungen verwickelt ist, und dies bislang von der EU nicht konsequent verfolgt wurde, liegt die Vermutung nahe, dass diese Gegebenheiten auch politisch gewollt oder zumindest geduldet sind.

Der Dublin-Mechanismus muss daher abgeschafft und durch einen verbindlichen Verteilungsmechanismus ersetzt werden, der das Ersteinreisekriterium abschafft und krisenunabhängig angewandt wird¹¹. Des Weiteren muss es lokalen Behörden ermöglicht werden auch gegen den Willen nationaler Behörden Schutzsuchende aufzunehmen.

Prävention von Migrationsbewegungen in die EU [DEVE]

“Prävention” von Migrationsbewegungen bedeutet nicht, dass die Kommission Geld verteilt und ihre Behörden Menschenrechtsbrüche gekonnt ignoriert¹², sondern, dass die Umstände, vor denen die Menschen überhaupt erst flüchten, nicht andauern, bzw. überhaupt erst entstehen zu lassen. Das bedeutet, dass sich die EU international für Frieden und Abrüstung, und gegen Diskriminierung und Verfolgung, Hunger, Armut, Kriminalität und den Klimawandel einsetzen muss. Nur so können wir langfristig sicherstellen, dass Menschen ihre Heimatländer nicht mehr auf der Suche nach Sicherheit und einem Leben in Würde verlassen müssen.

⁴siehe Fußnote 3

⁵siehe <https://left.eu/events/the-migration-and-asylum-pact-challenging-the-european-commissions-narrative/>, letzter Abruf: 30. April 2022

⁶siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Verordnung_%28EU%29_Nr._604/2013_%28Dublin_III%29#Folgen, letzter Abruf: 30. April 2022

⁷siehe <https://www.amnesty.org/en/location/europe-and-central-asia/greece/report-greece/>, letzter Abruf: 30. April 2022

⁸siehe <https://www.amnesty.org/en/location/europe-and-central-asia/hungary/report-hungary/>, letzter Abruf: 30. April 2022

⁹siehe https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/promoting-our-european-way-life/new-pact-migration-and-asylum_de, letzter Abruf: 30. April 2022

¹⁰siehe Fußnote 5

¹¹vgl. nach Fußnote 5

¹²siehe Fußnote 5